

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Jänner 1960

65/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a c h u n z e , Dr. H e t z e n a u e r , Dr. H o f e n e d e r ,
Dr. K r a n z l m a y r , H a r t l und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend Massnahmen zwecks energischer Bekämpfung von Blutverbrechen.

Die neuerliche Welle von grauenhaften Blutverbrechen hat in weiten Kreisen der Bevölkerung Entsetzen und Empörung hervorgerufen. Es ist augenscheinlich, dass die bisherige Bekämpfung von Gewaltverbrechen unzulänglich und daher reformbedürftig ist.

Auf weite Kreise der Bevölkerung musste es aber geradezu entsetzlich wirken, wenn die Pressenachricht richtig ist, dass am Tage der Verübung des abscheulichen Mordes an der Studentin Ilse Moschner in Wien aus der Strafanstalt Stein ein dreifacher Mörder und Gewaltverbrecher wegen angeblich guter Führung vorzeitig entlassen und von einem Justizbeamten an die Grenze gestellt wurde. Dies umsomehr, als bei dem ins Ausland überstellten Gewaltverbrecher auf einen Vollzug der Reststrafe bei Rückfall schon jetzt verzichtet wurde.

Bemerkenswert ist, dass die gleichen Zeitungen zu berichten wissen, es habe sich ein wegen Mordes an einer Österreicherin in Deutschland zu lebenslangem Zuchthaus verurteilter Gewaltverbrecher aus der Haft um die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft beworben. Anscheinend erwartet sich der Mörder einen günstigeren Strafvollzug in Österreich.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, mitzuteilen,

1) welche Massnahmen er dem Parlament in diesem Zusammenhang vorzuschlagen gedenkt,

2) wie es zu dieser Entlassung unter Überstellung in das Ausland kommen konnte.?